

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Platter,

Die Humanität und Toleranz einer Gesellschaft zeigt sich daran, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht.

Die Sexualwissenschaften gehen davon aus, dass ca. fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung gleichgeschlechtlich orientiert sind. Auf Grund des gesellschaftlichen Anpassungsdrucks und der Angst vor Nachteilen leben nach wie vor die meisten dieser Menschen- Frauen wie Männer- ihre Beziehungen, falls sie welche haben, im Verborgenen. Dies führt zu großem Leid bei vielen Betroffenen.

Selbsthilfegruppen wie das Frauen- und Lesbenzentrum machen Mut zu einem authentischen Leben, helfen auf vielfältige Weise bei Konflikten und Problemen, die gleichgeschlechtlich orientierte Frauen erleben. Selbsthilfegruppen wie das Frauen- und Lesbenzentrum sind ein gelebtes Beispiel der gerade von Ihrer Partei propagierten BürgerInnengesellschaft, in der Menschen aktiv Verantwortung in der Gesellschaft übernehmen. Dieses selbstlose Engagement von Frauen, die sich für die Stärkung von Frauenrechten und von gleichgeschlechtlich orientierten Frauen einsetzen muss der Gesellschaft doch den Betrag von sechs- bis siebentausend Euro wert sein. Ich denke es ist auch klar, dass es bei der Entscheidung nicht so sehr um den finanziellen Aspekt, sondern viel mehr um eine gesellschaftspolitische Frage geht.

Politik hat auch die Aufgabe den Menschen Mut zu machen und nicht ängstlich nach der Mehrheitsmeinung zu schielen. Mutige Politik fördert die Vielfalt in der Gesellschaft und sieht diese Vielfalt als Bereicherung und nicht als Bedrohung. Immer mehr Firmen (z.B. IBM-Konzern) entdecken die Chancen, die in der gesellschaftlichen Vielfalt liegen und installieren ein eigenes Diversity-Management. So werden zum Beispiel gleichgeschlechtlich orientierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ermutigt, mit ihren PartnerInnen an Firmenfesten teilzunehmen. Diese Offenheit und gelebte Vielfalt führt einem besseren sozialem Miteinander und zu höherem Erfolg der Firmen.

Mutige Politik schützt und stärkt Minderheiten.  
Mutige Politik schützt vor Diskriminierung und Ausgrenzung.

Die Streichung der Subvention für das Frauen- und Lesbenzentrum ist kein Mut machendes Signal. Es ist ein Zeichen der Diskriminierung, des Wegschauens: "wir brauchen "DAS" nicht, wir wollen "DAS" nicht".

Niemand sucht sich seinen sexuelle Orientierung aus, Sie nicht und auch die Frauen des Frauen- und Lesbenzentrums nicht. Es geht nur darum das zu leben, was in uns hineingelegt wurde, authentisch zu sein und sich nicht zu verbiegen. Noch vor einigen Jahrzehnten wurden Linkshänder zu Rechtshändern umerzogen. Schließlich erkannte man, dass man damit mehr Schaden als Nutzen angerichtet hat.

Noch vor einigen Jahrzehnten wurden Menschen wegen ihrer gleichgeschlechtlichen Orientierung ins Gefängnis gesteckt und gesellschaftlich ausgegrenzt. In den Zeiten des sogenannten Dritten Reiches in Gaskammern vernichtet. Die Geschichte der Lesben und Schwulen ist eine Geschichte der Verfolgung und Unterdrückung. Diese Geschichte wirkt heute noch viel mehr nach als sich Nichtbetroffene vorstellen können.

Ja, es gibt eine gewisse Toleranz in der Bevölkerung, aber von einer Akzeptanz und einer Gleichberechtigung sind wir noch meilenweit entfernt. Dies ist auch der Grund dafür, dass der Großteil der Lesben und Schwulen sich nach wie vor nicht zu ihrer sexuellen Orientierung bekennen, sie sogar verdrängen. Viele sind nach wie vor bemüht der gesellschaftlichen Norm zu entsprechen, sich anzupassen und ein heterosexuelles Leben zu führen. Vielfach bringen sie damit viel Leid und Leiden über sich und andere, weil die sexuelle Orientierung nicht veränderbar ist und die Sehnsucht nach einem authentischen Leben erhalten bleibt.

Ich appelliere an Sie, Ihre Entscheidung nochmals zu überdenken. Setzen Sie ein Zeichen der Nächstenliebe und Toleranz - durchaus Werte, die in einer sich zu christlichen Grundwerten bekennenden Partei hochgehalten werden.

Ich appelliere an Sie, setzen Sie ein mutiges Zeichen und gewähren Sie die Unterstützung. Das Streichen der Subvention, die für den Verein letztlich das AUS bedeuten würde, ist kein mutiges Zeichen. Es ist ein Zeichen der Ablehnung und der Diskriminierung einer gesellschaftlichen Minderheit.

Diese Politik macht mir Angst.

Freundliche Grüße

Ing. Franz Nigl  
6020 Innsbruck

PS: Diese Nachricht geht auch an die zuständige Landesrätin Frau Zoller-Frischauf.

PPS: Überwinden bitte auch Sie, Herr Landeshauptmann, Ihre Vorbehalte gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen. Treten Sie für Gleichberechtigung, Akzeptanz und Achtung von Lesben und Schwulen ein. Beenden Sie Diskriminierung und Ausgrenzung, ermöglichen Sie gleichgeschlechtlich orientierten Menschen ihren Wunsch nach einem Leben in einer gesellschaftlich und rechtlich abgesicherten Partnerschaft. Der Beginn dieser Partnerschaft kann selbstverständlich nur auf dem Standesamt erfolgen. Alles andere wäre ein neues Zeichen von Abwertung und Diskriminierung! Setzen Sie ein mutiges Zeichen in Ihrer Partei!

---

----- Original Message -----

**From:** [Franz Nigl](#)

**To:** [hilde.zach@magibk.at](mailto:hilde.zach@magibk.at)

**Cc:** [info@frauenlesbenzentrum.at](mailto:info@frauenlesbenzentrum.at)

**Sent:** Friday, May 15, 2009 1:11 PM

**Subject:** Landessubvention für Frauen- und Lesbenzentrum

Sehr geehrte Frau Bürgermeister,

ich möchte die Gelegenheit nutzen Ihnen für Ihre tolerante und wohlwollende Einstellung gegenüber gleichgeschlechtlich orientierten Menschen zu danken. Diese Haltung kommt auch in den Subventionen der Stadt Innsbruck zum Ausdruck, die es Selbsthilfegruppen und Initiativen wie z.B. das Autonome Frauen- und Lesbenzentrum und der HOSI ermöglicht, rat- und hilfesuchenden Menschen Unterstützung und Begleitung geben zu können.

Wie Sie wissen, hat die zuständige Landesrätin Frau Zoller Frischauf es abgelehnt, die für den Weiterbestand des Frauen- und Lesbenzentrums erforderliche Subvention weiter auszuzahlen.

Ich möchte Sie ersuchen, Ihren Einfluß bei der Frau Landesrätin und dem Herrn Landeshauptmann gelten zu machen, um doch noch ein Umdenken der Entscheidungsträger zu ermöglichen.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

freundliche Grüße

Franz Nigl

6020 Innsbruck

PS:

Nachstehende Nachricht habe ich an den Herrn Landeshauptmann und an die zuständige Landesrätin Frau Dr. Zoller Frischauf gesendet.

----- Original Message -----

**From:** [Franz Nigl](mailto:Franz.Nigl)

**To:** [buero.lh-stv.gschwendtner@tirol.gv.at](mailto:buero.lh-stv.gschwendtner@tirol.gv.at)

**Cc:** [info@frauenlesbenzentrum.at](mailto:info@frauenlesbenzentrum.at) ; [redaktion@tt.com](mailto:redaktion@tt.com)

**Sent:** Friday, May 15, 2009 1:39 PM

**Subject:** Subvention für Frauen- und Lesbenzentrum

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Stellvertreter Gschwendtner,

gleichgeschlechtlich orientierte Menschen leben auch in Tirol nach wie vor vielfach in schwierigen persönlichen Situationen. Frauen sind nach wie vor davon entfernt, wirklich gleiche Chancen zu haben. Selbsthilfegruppen wie das Frauen- und Lesbenzentrum begleiten und unterstützen rat- und hilfeschende Frauen. Diese Arbeit ist nur möglich, wenn, wenn die Gesellschaft (die Politik) die Arbeit dieser Initiativen anerkennt und unterstützt.

Wie Sie wissen, hat die zuständige Landesrätin Frau Zoller Frischauf es abgelehnt, die für den Weiterbestand des Frauen- und Lesbenzentrums erforderliche Subvention weiter auszusahlen.

Ich empfinde dies als diskriminierenden Akt, einen deutlichen gesellschaftspolitischen Schritt zurück.

Ich möchte Sie ersuchen, Ihren Einfluß bei der Frau Landesrätin und dem Herrn Landeshauptmann geltend zu machen, um doch noch ein Umdenken der Entscheidungsträger zu ermöglichen.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

freundliche Grüße

Franz Nigl

6020 Innsbruck